

# B 212 neu: Ministerium soll helfen, Konflikte zu lösen

Wesblatt Tiktike 05.05.2011

**Straßenstreit: Staatssekretär des Bundesverkehrsministers morgen in Stenum**

»B 212 neu: Eine Region sagt ihre Meinung« – Ganderkesee und Delmenhorst werden dem Spitzenpolitiker und Verkehrsexperten Enak Ferlemann ihre unterschiedlichen Positionen darlegen. Die Kommunen hoffen auf Vorschläge aus Berlin. **VON LARS LAUE UND THOMAS BREUER**

**GANDERKEESE-DELMENHORST.** Die Gemeinde Ganderkesee bleibt bei ihrem klaren Nein zu einer Umgehungsstraße auf Ganderkeseer Gebiet, die Delmenhorst von zusätzlichem Verkehr durch die geplante Bundesstraße 212 neu entlasten soll. Das ist nach den Worten von Peter Meyer, Fachbereichsleiter Gemeindeentwicklung, eine wichtige Botenschaft, die die Verwaltung am morgigen Freitag Enak Ferlemann (CDU) mit auf den Weg nach Berlin geben will. Der Staatssekretär beim Bundesverkehrsministerium hört sich ab 15 Uhr im Landidyll-Hotel Backenköhler in Stenum die unterschiedlichen Positionen zu dem verkehrspolitischen Streitthema an. Laut Ansgar Focke (CDU), der Ganderkeseer Landtagsab-

geordnete hat das Gespräch in die Wege geleitet, werden an der Diskussion neben dem Initiator selbst der Delmenhorster Oberbürgermeister Patrick de La Lanne, die Ganderkeseer Bürgermeisterin Alice Gerken-Klaas, Landrat Frank Eger, die Bundestagsabgeordneten Angelika Brunkhorst (FDP), Holger Ortel (SPD), Franz-Josef Holzenkamp (CDU), die Landtagsabgeordneten Christian Dürr (FDP), Swantje Hartmann (CDU) und Axel Brammer (SPD) teilnehmen. Zudem werden Vertreter des Orts- und Verkehrsvereins Schönemoor, der Interessengemeinschaft B 212 neu und des Kreislandvolkes erwartet.

»Wir erhoffen uns, dass das Bundesverkehrsministerium uns neue Lösungsmöglichkeiten aufzeigt«, betont der

Ganderkeseer Gemeindevwickler Meyer und merkt an: »Beide Kommunen wissen nicht, wie sie mit dem Problem umgehen sollen, dass uns die Straßenplanung des Bundes beschert hat.«

»B 212 neu: Eine Region sagt ihre Meinung« – unter diesem Titel steht laut Focke der Termin mit dem Staatssekretär, der in die Übergabe eine Positionspapiers münden soll. Laut Focke haben die Teilnehmer im Vorfeld eine Gegenüberstellung der Positionen erarbeitet, in der sowohl Gemeinsamkeiten als auch die unterschiedlichen Interessen deutlich werden. Alleine das schon wertete Focke gestern gegenüber dem dk als »großen Erfolg«. Auf Nachfrage betonte Focke, dass das Gespräch mit

Ferlemann bewusst nicht-öffentlich erfolge, damit jeder seine Argumente sachlich vortrage und nicht meine, sich profilieren zu müssen.

Delmenhorsts Oberbürgermeister Patrick de La Lanne wollte sich gestern nicht zu seinen Erwartungen äußern. Er ließ mitteilen, alle Gesprächsteilnehmer hätten im Vorfeld des Termins Vertraulichkeit vereinbart. Und weiter: »Wir halten uns an diese Abmachung.«

Martin Clausen von der ebenfalls eingeladenen Interessengemeinschaft (IG) Freies Deich- und Sandhausen erwartet für morgen »nicht den großen Durchbruch«. Zielsetzung der IG sei, »ein Runder Tisch für die gesamte Region unter der entsprechenden fachlichen Moderation«.

## ÜBERRASCHENDER VORSTOSS AUS BERLIN

Im Januar dieses Jahres hatten die Planungen zur B 212 neu eine unvorhergesehene Wende genommen. Nachdem die Stadt Delmenhorst im Juni 2009 den Beschluss gefasst hatte, dass auf eine Westumgehung verzichtet werden kann, wenn die »Verkehrsoptimierte Nordvariante (VoN)« realisiert wird, regte das

KOMMENTAR

## Wichtige Chance nutzen



VON LARS LAUE

Wenn schon der Staatssekretär des Bundesverkehrsministeriums anreist, um sich über die Probleme vor Ort mit der geplanten Bundesstraße 212 neu zu informieren, sollten diejenigen, die morgen das Wort haben, dies als große Chance begreifen. Als Möglichkeit, in die mittlerweile festgefahrenen Diskussionen um die neue Straße, die gebaut werden wird, wieder Bewegung zu bekommen.

Wichtig ist, dass Ganderkesee und Delmenhorst ihre Interessen deutlich machen und das Signal nach Berlin senden, sich nicht gegeneinander auszuspielen zu lassen. Für die Bürgernähe bei diesem Top-Verkehrsthema, das von höchstem öffentlichem Interesse ist, wäre es wünschenswert gewesen, nicht hinter verschlossenen Türen zu tagen und die Presse erst im Nachgang »gefiltert« zu informieren.